

Verfassungsschutzbericht 1983

Die Bundesregierung hat den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1983 vorgelegt. Eindrucksvolles Material und genaue Zahlenangaben belegen, wie unentbehrlich und auch erfolgreich die Arbeit des Verfassungsschutzes ist. Der Bericht macht deutlich, daß die Bundesregierung die Forderung des Grundgesetzes nach einer wehrhaften Demokratie in die Tat umsetzt. Im einzelnen wird dargestellt, wer und wo die Gegner unseres Staatswesens sind, die nach wie vor mit Gewalt und Terror unsere freiheitlich-demokratische Ordnung beseitigen wollen. Allerdings besteht kein Anlaß zu Pessimismus. Den Extremisten von links und rechts gelang es auch 1983 nicht, ihre Agitationsbasis zu verbreitern. Verbrecherische Terroranschläge schlugen auf ihre Urheber zurück. Unsere Demokratie erweist sich als stabil; sie ist fest im Bewußtsein der überwiegenden Mehrzahl der Bundesbürger verankert. Dies ist auch ein Verdienst der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Ihre Arbeit zum Schutze der Bürger verdient Dank und Anerkennung. Im einzelnen hat der Verfassungsschutz folgende Erkenntnisse gesammelt:

1. Linksextremistische Bestrebungen

1.1. DKP

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) mit ihren Nebenorganisationen und den von ihr beeinflussten Vereinigungen blieb auch 1983 die stärkste und handlungsfähigste linksextremistische Kraft. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Organisationen beträgt — nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften — in den letzten Jahren konstant gut 100 000. Die von der DKP ausgehende Gefahr ist aber erheblich größer, als Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse ausweisen.

Die DKP wird von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) angeleitet und zu einem erheblichen Teil finanziert. Wörtlich heißt es im Verfassungsschutzbericht:

„Um die Sachausgaben für den aufwendigen Parteiapparat zu bestreiten, Herstellung und Vertrieb des umfangreichen Propagandamaterials, Großveranstaltungen, Wahl-

kämpfe und Kampagnen zu finanzieren und Vorfeldorganisationen zu unterstützen, dürfte die DKP wiederum mehr als 60 Millionen DM auf konspirativen Wegen aus der DDR erhalten haben; hinzu kommen noch umfangreiche weitere geldwerte Leistungen der SED: u. a. unentgeltliche Benutzung von Einrichtungen der DDR für Schulung, Delegationsreisen sowie Urlaubs-, Krankenhaus- und Kuraufenthalte von DKP-Funktionären.“

Die DKP vertritt in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor den orthodoxen Kommunismus, d. h. den Kommunismus sowjetischer Prägung. Sie sieht sich in der politischen Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD).

Die DKP ordnete sich auch 1983 vorbehaltlos der von der Sowjetischen Kommunistischen Partei und von der SED vorgegebenen ideologischen und politischen Linie unter. Sie sieht in der Sowjetunion heute „mehr denn je den Hauptfaktor für die Festigung des Friedens, das Vorankommen des gesellschaftlichen Fortschritts, die Entfaltung des revolutionären Weltprozesses“ (Parteizeitung „Unsere Zeitung“, UZ, vom 12. Januar 1983).

Entsprechend den Weisungen von SED und KPdSU konzentrierte sich die DKP mit ihrem Umfeld auf den „Friedenskampf“ gegen die NATO-Nachrüstung. Sie übte wegen ihres großen personellen und materiellen Einsatzes auf die Friedensbewegung einen erheblichen Einfluß aus, der weit über ihren zahlenmäßigen Anteil an der Bewegung hinausging. In diesem Zusammenhang stellte die DKP als besonderen Erfolg die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten heraus. Mit der „Hinwendung“ zur „Friedensbewegung“ sei der „unsinnige Beschluß der SPD“, der die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten untersage, „faktisch außer Kraft gesetzt“; solches Zusammenwirken könne zu einer „größeren Veränderung der politischen Landschaft“ führen (UZ vom 10. November 1983).

Die Bemühungen der DKP, den DGB und seine Einzelgewerkschaften zu unterwandern, um sie in Instrumente des „Klassenkampfes“ zu verwandeln, halten unvermindert an. Dabei glaubt die DKP, im Aufwind zu sein: Zwar gebe es noch — insbesondere in den Führungen einiger Gewerkschaften — einen starken Einfluß der „sozialpartnerschaftlich orientierten Kräfte“, doch wachse das Potential „sich an Klassenpositionen ausrichtender und nach gesellschaftlichen Veränderungen strebender Gewerkschafter“ (Marxistische Blätter, Nr. 5, 1983, S. 35). Insgesamt wird aber festgestellt, daß in den Betrieben der kommunistische Einfluß trotz vermehrter Anstrengungen gering geblieben ist.

Die DKP betreibt eine umfangreiche Pressearbeit. Neben dem DKP-Zentralorgan „Unsere Zeitung“ (UZ), das in einer täglichen Auflage von etwa 25 000 (freitags rund 50 000) Exemplaren erscheint, betreibt die Partei etwa 360 Betriebszeitungen und ist für weitere 560 „Kleinzeitungen“ der Bezirks-, Kreis- und Grundorganisationen verantwortlich.

Die DKP wird bei ihrer politischen Arbeit durch ihre Nebenorganisationen unterstützt. Die wichtigsten sind:

- die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
- die „Jungen Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)
- der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Darüber hinaus stützt sich die DKP auf etwa 50 überregional tätige Organisationen und Initiativen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, tatsächlich aber erheb-

lich von der DKP beeinflusst werden. Die Mehrheit der Mitglieder — häufig auch der Vorstände — gehört nicht der DKP an. Jedoch liegen entscheidende Funktionen, vor allem im organisatorischen Bereich, in den Händen kommunistischer und pro-kommunistischer Funktionäre.

Folgende Organisationen werden im Verfassungsschutzbericht als von der DKP beeinflusst aufgeführt:

- „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten“ (VVN — BdA)
- „Deutsche Friedensunion“ (DFU)
- „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)
- „Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsgegner e. V.“ (DFG — VK)
- „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)
- „Vereinigung demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.“ (VDJ)
- „Bund demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi)

1.2. Neue Linke

Zur Neuen Linken gehören die Gruppen und Strömungen, die sich gegen den pro-sovietischen Kommunismus der DKP abgrenzen. Das sind die Marxisten/Leninisten und Trotzisten, Anhänger eines revolutionären Marxismus sowie Anarchisten, Autonome und andere sozialrevolutionäre Gruppen.

Diese Gruppen haben rund 7 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahlen gingen im letzten Jahr zurück. Die Anhänger der neuen Linken versuchten häufig durch Mitarbeit in der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung und bei den Grünen oder Alternativen Einfluß zu gewinnen.

Von den Autonomen und den anarchistischen Gruppen kamen die Anstöße zu den Aktionen gegen die Volkszählung. Militante Autonome propagierten im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung Sabotage auf allen Ebenen und verübten zahlreiche Brandanschläge. Die Trennlinie zwischen diesen Autonomen und den bekannten terroristischen Gruppen wie den „Revolutionären Zellen“ und den Restbeständen der „Rote-Armee-Fraktion“ wird zunehmend durchlässig.

1.3. Linksextremisten in Studentenvertretungen

Im Dezember 1983 waren in 51 von 64 Studentenparlamenten Linksextremisten vertreten. Insgesamt hatten sie ein Drittel aller Sitze inne, in sieben Studentenparlamenten besaßen sie mehr als 50 Prozent der Sitze. In 45 studentischen Vertretungsorganen (Allgemeine Studentenausschüsse, studentische Konvente und Sprecherräte) waren Linksextremisten vertreten; ein AStA bestand ausschließlich, 14 weitere ASten bestanden zu mehr als 50 Prozent aus Linksextremisten.

1.4. Linksextremistische Gewaltakte

1983 betrug die Zahl der Gewaltakte mit linksextremistischem Hintergrund 1 704. Diese Zahl gibt jedoch das Ausmaß und die Intensität linksextremistischer Gewalttaten unvollkommen wieder, weil jede gewaltsame Aktion im Verfassungsschutzbericht nur

einmal gezählt wurde, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand. So wurden bei gewalttätigen Aktionen insgesamt mehr als 160 Polizeibeamte verletzt wie z. B.

- am 25. Juni 1983 in Krefeld beim Besuch des amerikanischen US-Vizepräsidenten Bush,
- am 15. Oktober in Bremerhaven sowie am 22. Oktober 1983 in Hamburg im Verlauf einer Aktionswoche gegen die NATO-Nachrüstung,
- bei wiederholten Demonstrationen am Baugelände der Startbahn West des Frankfurter Flughafens.

Insgesamt wurden 212 Personen wegen Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund zu Freiheits- oder Geldstrafen verurteilt.

2. Rechtsextremistische Bestrebungen

2.1. Organisationen und Mitgliederstand

Ende 1983 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland 68 (1982: 74) erkannte rechtsextremistische Organisationen mit rund 20 300 Mitgliedern (1982: 19 000). Während somit die Zahl der Organisationen zurückgegangen ist, stieg die Zahl ihrer Mitglieder an. Letzteres ist vor allem auf eine Mitgliedersteigerung bei der Deutschen Volkunion (DVU) mit jetzt rund 11 000 Mitgliedern zurückzuführen.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) konnte erstmals seit 1970 eine geringe Zunahme der Mitgliederzahl auf rund 6 000 verzeichnen. Die schlechte finanzielle und organisatorische Lage der NPD hält jedoch an.

Die Gesamtzahl der erkannten Neonazis ist 1983 von 1 300 auf 1 400 leicht angestiegen. Darunter befinden sich rund 270 neonazistische Aktivisten ohne Gruppenbildung. Mit dem Verbot der „Aktionsfront nationaler Sozialisten/nationaler Aktivisten“ (ANS/NA) einschließlich ihrer Teilorganisationen wurde die bedeutendste neonazistische Gruppierung getroffen.

2.2. Schwerpunkt rechtsextremistischer Agitation

Auch 1983 stand die Ausländerproblematik im Mittelpunkt der Agitation rechtsextremistischer Gruppierungen. Militanten Neonazis und Jungen Nationaldemokraten gelang es, ausländerfeindlich eingestellte Gruppen wie militante Fußballfans und Rocker in ihre Aktionen gegen Ausländer einzubeziehen.

Ein besonderes Kennzeichen liegt ferner in der Rechtfertigung des NS-Regimes, wobei unter Herausstellung angeblich positiver Merkmale des Dritten Reiches die Verbrechen des NS-Regimes verharmlost oder sogar jegliches nationalsozialistische Unrecht geleugnet werden. Rechtsextremisten sprechen schlagwortartig von der „Auschwitzlüge“.

Zunehmend bekennen sich dabei solche Neonazis, für die Hitler nicht mehr die Leitfigur ihres Nationalsozialismus ist, zu einem anti-imperialistischen Befreiungskampf und versuchen auf diese Weise auch Verbindungen zu ausländischen Gruppen aufzunehmen, die politisch eher links einzuordnen sind.

Mit dieser Entwicklung geht ein nationalistischer Neutralismus einher, der oft aggressive anti-amerikanische Züge trägt und sich zunehmend auch im übrigen deutschen Rechtsextremismus verbreitet. Festzustellen bleibt ebenfalls, daß dieser nationalistische Neutralismusgedanke, der sich auf ein wiedervereinigtes Großdeutschland rich-

tet, zunehmend sowjetfreundliche Züge aufweist; diese rechtsextremistischen Kreise glauben, daß ein neutrales wiedervereinigtes Deutschland im Interesse der Sowjetunion liegen müsse.

2.3. Rechtsextremistische Publikationen

45 organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste (1982: 50) verbreiteten 1983 wie in den Vorjahren große Mengen rechtsextremistischer Druckerzeugnisse. Die Auflage der periodischen Publikationen verringerte sich leicht auf 310 000 Exemplare.

2.4. Rechtsextremistische Gewaltakte

1983 wurden 79 rechtsextremistische Gewaltakte bekannt gegenüber 1 597 linksextremistischen. Besonders schwerwiegend waren die Taten einer Gruppe von Rechtsextremisten aus Kaiserslautern, die am 13. Februar und 24. September 1983 türkische Gastarbeiter angriff und mehrere Türken zum Teil schwer verletzte.

Die 39 Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewalteinwirkung richteten sich in 16 Fällen gegen Ausländer, insbesondere gegen Türken, und in neun Fällen gegen Einrichtungen linker politischer Gegner.

Von den 1 900 bekanntgewordenen gewaltlosen Gesetzesverletzungen waren über 1 200 Schmier- und Klebeaktionen, die sich insbesondere gegen Ausländer und Juden richteten.

128 Rechtsextremisten wurden 1983 zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt.

3. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

3.1. Mitgliederzahlen

Im Bundesgebiet leben z. Z. ca. 4,5 Millionen ausländische Staatsangehörige. Nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden sind etwa 3,5 Prozent der Ausländer in Vereinigungen organisiert, von denen extremistische oder politisch motivierte sicherheitsgefährdende Bestrebungen ausgehen.

Die Gesamtmitgliederzahl dieser Organisationen beträgt ca. 114 000 (1982: ca. 122 000). Auf orthodox-kommunistische Gruppen entfallen 58 000 (1982: 65 000), auf die Neue Linke 23 000 (1982: 24 000) und auf rechtsextremistische Vereinigungen genauso wie 1982 rund 33 000.

Tabelle der wichtigsten Herkunftsländer

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Ausländer über 16 Jahre	Mitglieder extremistischer Organisationen über 16 Jahre
Araber		
Iraner	86 100	3 200 = 3,7%
Jugoslawen	28 500	2 550 = 9,0%
Türken	473 700	1 600 = 0,3%
	996 200	43 150 = 4,3%

3.2. Schwerpunkte des Ausländerextremismus

Palästinenser

Palästinenser verübten 1983 keine Gewaltaktionen in der Bundesrepublik Deutschland. Anschläge gegen Gefolgsleute Arafats in den europäischen Nachbarländern blieben statig, aber die Gewaltbereitschaft der Kräfte, die die Linie des PLO-Vorsitzenden Arafat und seiner Anhänger beenden wollen.

Türken

Von den rund 43 000 geschätzten türkischen Extremisten werden etwa 16 000 den Linksextremisten und 27 000 den Rechtsextremisten zugerechnet.

Die Agitationsziele der Vereinigung der türkischen Neuen Linken richten sich vor allem gegen die türkische Militärregierung und gegen den Imperialismus in jeder Form. Von diesen gewaltorientierten Gruppen gehen weiterhin Sicherheitsrisiken aus, wie ein Bombenanschlag und andere Ausschreitungen deutlich machten. Die Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Türken und ihren politischen Gegnern nahmen aber weiter ab.

Am 9. Februar 1983 verbot der Bundesinnenminister die besonders militante Organisation DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke) und deren Teilorganisationen in verschiedenen Orten. Diese Gruppen hatten sich zu Morden, einer Flugzeugentführung und anderen Terrorakten in der Türkei bekannt und offen Bereitschaft zu revolutionärer Gewalt bekundet.

Die extrem nationalistischen Türken hielten sich 1983 weiter mit öffentlichen Aktivitäten zurück.

Armenier

Erstmals wurden 1983 in der Bundesrepublik Deutschland politische Aktivitäten lebender armenischer Extremisten und Ansätze organisatorischer Strukturen unter diesen festgestellt. Vermutlich verübten armenische Terroristen am 25. August 1983 in Berlin (West) auf das französische Generalkonsulat einen Sprengstoffanschlag, bei dem eine Person getötet und 23 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Iraner

Iranische Extremisten verhielten sich verhältnismäßig inaktiv; zu Ausschreitungen kam es nur noch vereinzelt. Sie gingen von Gegnern der iranischen Regierung aus.

Jugoslawen

Es bestehen Anhaltspunkte, daß auch 1983 terroristische Operationen von ausländischen staatlichen Stellen gesteuert wurden, deren Ziel es war, Regimegegner außerhalb der Heimatländer auszuschalten.

Mit der Ermordung von zwei kroatischen Extremisten und einem Mordversuch an einem weiteren setzte sich die Serie der Mordanschläge gegen Exil-Jugoslawen fort. Trotz ihres fortschreitenden Niederganges gehen auch von den großen kroatischen Exil-Organisationen nach wie vor Gefahren für die Sicherheit aus.

3.3. Terrorakte extremistischer Ausländer

Die Zahl der versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte extremistischer Ausländer ging 1983 auf insgesamt neun (1982: 36) stark zurück. Die Zahl der versuchten bzw. vollendeten Sprengstoffvergehen reduzierte sich auf zwei (1982: 23). Es gab fünf (1982: vier) versuchte bzw. vollendete Tötungsdelikte mit drei Toten.

4. Spionageabwehr

4.1. Spionageziele

Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer exponierten politischen, geographischen, militärischen und wirtschaftlichen Lage in allen Bereichen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft intensiven Spionageaktivitäten kommunistischer Staaten ausgesetzt.

Seit jeher ist es das klassische Ziel der Spionageaktivitäten, politische Planungen und Entscheidungen auszuspähen. Entsprechend bemühen sich die Nachrichtendienste kommunistischer Länder um Informationen aus den Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder. Weitere Schwerpunkte nachrichtendienstlicher Aufklärungsarbeit sind

- die im Bundestag vertretenen Parteien und die ihnen nahestehenden Institutionen und Organisationen,
- die Gewerkschaften und andere sozialpolitische Interessenverbände,
- die Massenmedien und
- die Sicherheitsbehörden.

Das beherrschende politische Thema des Jahres 1983 in der Bundesrepublik Deutschland, die Frage nach der Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, war für die gegnerischen Nachrichtendienste Anlaß für vielfältige Aktivitäten. Die Angehörigen der amtlichen und halbamtlichen Vertretungen der Warschauer Paktstaaten, insbesondere die der UdSSR, der ČSSR und Polens, unterstützten die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß und warben bei öffentlichen Veranstaltungen, Tagungen und Seminaren für die sicherheitspolitischen Vorstellungen des Warschauer Paktes; dabei waren auch erkannte Nachrichtendienstoffiziere aktiv.

Das Thema „Frieden“ erwies sich auch als besonders geeigneter Anknüpfungspunkt für Werbungsgespräche. So erinnerte ein Anbanger eines DDR-Nachrichtendienstes einen Bundesbürger an seine Unterschrift unter den „Krefelder Appell“, wertete dies als Beweis geistiger Gemeinsamkeit und wies ihn so auf seine moralische Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit hin.

Verstärkte Anstrengungen ließen sich auch auf dem Gebiet der Militärspionage feststellen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Die Staaten des Warschauer Paktes unternehmen seit vielen Jahren große Anstrengungen, um Informationen über Spitzenprodukte und Entwicklungen auf den Gebieten der Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Chemie, Mikrobiologie, Energetik, Werkstoffherstellung und Nukleartechnik zu erlangen. Eine Auswertung der Erkenntnisse der letzten 30 Jahre hat ergeben, daß etwa 300 Groß- und Kleinbetriebe größtenteils ständigen Ausspähungsbemühungen ausgesetzt waren.

Wie in den Vorjahren gingen die Werbungsaktivitäten vorwiegend von den Nachrichtendiensten der DDR aus, gefolgt von den Nachrichtendiensten Polens, der ČSSR, Rumäniens und der Sowjetunion. Mehr als die Hälfte der erkannten Werbungsmaßnahmen richteten sich gegen Bürger der Bundesrepublik Deutschland, von denen wiederum zwei Drittel bei Aufenthalten, vor allem privaten Besuchsreisen, im kommunistischen Machtbereich angesprochen wurden.

4.2. Offensive Operationen gegnerischer Nachrichtendienste

Die gegnerischen Nachrichtendienste führen seit Anfang der 50er Jahre gezielt politische Operationen durch. Diese aktiven Maßnahmen dienen dem Ziel,

- auf die Innen- und Außenpolitik vornehmlich westlicher Staaten Einfluß zu nehmen,
- ihre Beziehungen untereinander wie zu den Staaten der Dritten Welt zu unterminieren und
- ihre politischen Repräsentanten und Institutionen zu diskreditieren.

Die Steuerung dieser politischen Operationen erfolgt unmittelbar durch die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien.

Bei der Durchführung aktiver Maßnahmen bedienen sich gegnerische Nachrichtendienste heute vielfältiger und subtiler Techniken, die von der schlichten Verbreitung falscher oder entstellter Nachrichten über koordinierte Pressemanipulationen bis hin zu Sabotageakten reichen.

Art und Methode aktiver Maßnahmen veranschaulicht folgendes Beispiel:

Nach Angabe des 1979 in den Westen übergetretenen Oberleutnant Stiller aus dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR plante das MfS Mitte der 70er Jahre langfristig wirkende Maßnahmen gegen die westdeutsche Kernenergiewirtschaft mit dem Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig zu stören. Durch die Beeinflussung und Unterstützung von Pressekampagnen gegen die angeblich von der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie ausgehenden Gefahren sollte eine breite Mobilisierung der Bevölkerung gegen Kernkraftgroßanlagen erreicht werden.

Als Beispiel für eine in diesem Rahmen geplante, aber dann doch nicht durchgeführte Aktion, berichtete Stiller von Überlegungen des MfS, kleinste unschädliche Mengen radioaktiver Stoffe in der Umgebung von Kernkraftwerken oder Atommülldeponien auszulegen; als Zielobjekt sei die damals geplante Atommülldeponie Gorleben gesucht worden.

4.3. Erfolge der Spionageabwehr

Im Jahre 1983 wurden 31 Personen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeiten festgenommen. In 28 Fällen bestätigte sich im Verlauf der weiteren Ermittlungen der Anfangsverdacht. Im gleichen Zeitraum sind 26 Personen rechtskräftig wegen Landesverrats und Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 93 bis 101 a StGB) verurteilt worden. In 20 Fällen konnten Nachrichtendienste der DDR als Auftraggeber ermittelt werden, fünf Personen wurden von einem sowjetischen Nachrichtendienst geführt, in einem Falle war ein ungarischer Dienst beteiligt. Auch in den ersten Monaten des Jahres 1984 sind bereits Festnahmen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit erfolgt.